

Max und Mario, diese beiden...

Das abwechslungsreiche Leben des Mario Meurer

Ach, was muß man oft von bösen/Kindern hören oder lesen!
Wie zum Beispiel hier von diesen,/Welche Max und Moritz hießen;
Die, anstatt durch weise Lehren/Sich zum Guten zu bekehren,
Oftmals noch darüber lachten/Und sich heimlich lustig machten.
ja, zur Übeltätigkeit,/Ja, dazu ist man bereit!.../
Aber wehe, wehe, wehe!/Wenn ich, auf das Ende sehe!!
Ach, das war ein schlimmes Ding,/Wie es Max und Moritz ging!
Drum ist hier, was sie getrieben,/Abgemalt und aufgeschrieben.

Manche Geschichten sind so schlecht und unglaubwürdig, dass noch nicht einmal SAT1 oder RTL sie kaufen würden. Jeder einigermaßen intelligente Zuschauer würde doch den nachfolgenden Plot als „völlig überzogen“, als „konstruiert“ oder gar „an den Haaren herbeigezogen“ bezeichnen. Und sogar die politische Nutzbarkeit im Superwahljahr bei gleichzeitigem 20. Jahrestag des Endes der DDR dürfte die Verantwortlichen wohl nicht vom Nutzen des Ankaufs überzeugen.

Oder was würden Sie von folgender Story halten: Jemand wird in der DDR wegen staatsfeindlicher Hetze zu zwei Jahren Haft verurteilt und zehn Monate später von der Bundesrepublik freigekauft. Wenig später macht er offenbar Karriere auf der extremen Rechten, kandidiert für verschiedene Parteien zum Landtag, hat für verschiedene Parteien Posten vom Landesgeschäftsführer über den Pressesprecher bis hin zum Bundesvorsitzenden inne, ist überall mit von der Partei, wo Bündnisse geschmiedet werden und verschwindet dann plötzlich ein Jahrzehnt später spurlos in der Versenkung. Nicht sehr glaubhaft, oder?

Aber die Geschichte geht noch weiter. Wenige Jahre später taucht die Person wiederum auf. Sie berichtet über den Parteaufbau der PDS in Nordbayern, betätigt sich im lokalen Sozialforum und in der DKP zunächst im Ruhrgebiet und später in Sachsen, stellt einen Aufnahmeantrag in die KPD und landet schließlich in der WASG. Mit dieser geht er in Leipzig in der Partei DIE LINKE auf und wird umgehend Funktionär auch auf Landesebene. Alles läuft wie geschmiert. Doch da gibt es noch den bösen Stasi-IM, inzwischen Landtagsabgeordneter und Stadtvorsitzender, mit dem der früher in der DDR politisch Verfolgte aneinander gerät. Er ist auf der Seite der Guten, jener, die mehr Demokratie in der Partei wollen. Doch es läuft längst eine finstere Intrige gegen ihn. Völlig ohne Beweise wird er mit haltlosen Beschuldigungen überhäuft. Entnervt verlässt er die Partei und spielt letztlich den geläuterten Kronzeugen gegen eine durch und durch undemokratische LINKE.

Wer würde eine solche Geschichte schon glauben? Ich jedenfalls nicht. Erst recht nicht, wenn mir versichert wird, dazu sei gar keine großartige Legende notwendig gewesen. Das einzige, was sich verändert habe, sei der Vorname. Aus Mario habe nur Maximilian werden müssen, um vom Aktivisten und Funktionär der extremen Rechten zum Aktivisten und Funktionär innerhalb der Linken werden zu können. Und doch ist diese Geschichte wahr. Manchmal ist eben das wirkliche Leben unglaubhafter als die

absurdeste Lügengeschichte. Erzählen wir also die gesamte Geschichte des Mario Meurer, der zu Dr. Maximilian Meurer wurde.

46 Jahre wird Mario Meurer am 23. März. Er stammt aus Brandenburg in Brandenburg. In der DDR machte er ein kirchliches Fachabitur und studierte danach Theologie und Philosophie. 1988 wurde er wegen „staatsfeindlicher Hetze und Republikflucht“ zu zwei Jahren Haft verurteilt. Zehn Monate davon musste er absitzen, dann kaufte ihn die BRD frei. Zunächst lebte er in Stuttgart und verdiente von 1991 bis 1993 seinen Lebensunterhalt im Justizvollzugsdienst.

„Mein Programm heißt Deutschland“

Bald hegte er politische Ambitionen. 1992 kandidierte er, zur Blütezeit der REPublikaner in Baden-Württemberg, für diese zum Landtag. Der Partei gelang zwar mit 10,9 Prozent ein herausragendes Ergebnis, Meurer jedoch verfehlte den Einzug in den Landtag. Wir wissen nicht, ob es die Enttäuschung darüber, die zum Bruch mit der Partei führte. Jedenfalls wurde der ehemalige Vikar Meurer nunmehr für die Christliche Mitte, eine fundamentalistische Gruppierung, die vehement gegen das Recht auf Schwangerschaftsabbruch und gegen den Islam polemisierte, aktiv. Schon 1995 hatte er es zum Landesgeschäftsführer der Kleinpartei in Baden-Württemberg geschafft, 1996 wurde er in den Bundesvorstand gewählt und kandidierte im März 1996 für die Christliche Mitte erneut für den Landtag in Baden-Württemberg. Erneut erfolglos. In einer seiner damals seltenen schriftlichen Äußerungen schreibt er in einem Leserbrief an das am rechten Rand angesiedelte Wochenblatt „Junge Freiheit“ über das selbsternannte „christliche Bollwerk gegen den Zeitgeist in unserem Land“, seine Partei sei „eine rechtskonservative, christlich-fundamentalistische Partei, die u.a. das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen fordert, die Liebe zur Heimat fördert und ein Bekenntnis zu unserem deutschen Vaterland in ihrer Präambel festgeschrieben hat.“

Meurer hatte trotz seines Engagements und seiner Funktionärstätigkeit in der „Christlichen Mitte“ offenbar kein Problem damit, in dem damals noch unansehnlichen und inhaltsarmen NPD-Organ „Deutsche Stimme“ zu schreiben. Udo Voigt, der heute noch amtierende Parteichef der NPD, hatte sich gerade erst knapp beim Bundesparteitag in Bad Dürkheim gegen seinen inhaftierten Vorgänger Günter Deckert durchgesetzt, und die NPD befand sich in einer derart tiefen Krise, dass sie um ihr Überleben fürchten musste und keinerlei Attraktivität auf die restliche extreme Rechte mehr ausübte. Zu diesem Zeitpunkt verfasste Meurer einen Beitrag über den „Verein für das Deutschtum im Ausland“, der sich gerade umbenannte. „Die wahren Gründe kann man sich in unserer Gesellschaft, in der Zivilcourage kaum das hervorstechende Merkmal ist, leicht vorstellen. Deutsch ist ‚out‘, ‚Multikulti‘ ist ‚in‘. Und da man stets nicht nur mit den Wölfen heult, sondern auch dem Zeitgeist nachjagt, paßt man sich an“, kanzelte Meurer den Verein ab. Er sah Feigheit als den wahren Grund der geplanten Umbenennung: „Tatsächlich liegen die wahren Ursachen woanders. Wenn man mehr oder weniger eine Politik mit dem Ziel betreibt, aus dem Land der Deutschen nur noch eine Land mit vielen Völkern, unter denen das deutsche nicht das größte, sondern ein absterbendes ist, zu machen, warum sollte sich das ein Verband um die Deutschen im Ausland zu kümmern. Außerdem dürften massive Angriffe der neostalinistischen SED/PDS und der ‚antifaschistischen‘ Kräfte in der SPD dazu beigetragen haben, daß einigen VDA-Vorstandsmitgliedern der Mut abhanden gekommen sein wird, sich zu ihrer

(meist) positiven Arbeit zu bekennen.“ („Deutsche Stimme“, 3-4/96, S.7) Die Leserschaft damals dürfte nicht nennenswert gewesen sein, aber Meurer hatte damit erstmals eine Duftmarke bei der NPD gesetzt und die richtigen Codeworte genannt, die inhaltliche Nähe signalisierten.

Wenig später brach er endgültig mit der „Christlichen Mitte“. Als neue politische Heimat hatte er die Deutsche Freiheits- und Arbeiterpartei (DFA) erkoren, eine noch kleinere Kleinpartei um den Stuttgarter Rentner Martin Pape, die dieser gegründet hatte nachdem seine FAP von offenen Neonazis übernommen worden war. Für die DFA kandidierte Meurer im Herbst 1996 – mit kläglichem Ergebnis – für das Amt des Oberbürgermeisters in Stuttgart. Aber immerhin waren die wenigen Aktiven so beeindruckt von ihm, dass sie ihn zum Landesvorsitzenden Baden-Württemberg, zum Pressesprecher und zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden machten.

Danach war Schluss mit Pape und dem Klein(parteien)kram. Meurer hatte sich größere Ziele gesetzt. Er wollte die gesamte extreme Rechte einen. Folglich nannte er seine neue Formation, die er sich vorsichtshalber selbst schuf, ebenso programmatisch wie größtenwahnsinnig „Vereinigte Rechte“. Das Kalkül war nachvollziehbar: Die NPD befand sich noch immer in der Bedeutungslosigkeit, bei den REPublikaner dagegen war der Erfolg zwar regional durchaus noch vorhanden, aber die Unzufriedenheit mit dem Parteichef Rolf Schlierer wuchs unaufhörlich und gerade erfahrene Funktionäre kehrten der Partei den Rücken zu. Könnte man erfolgreich die Unzufriedenen aller rechten Parteien und die parteilosen Suchenden sammeln, so könnte daraus eine Formation entstehen, der innerhalb des Lagers Bedeutung zukäme.

Allerdings schien es sich für ihn selbst nur um die zweitbeste Lösung zu handeln, denn eigentlich hatte er andere Pläne gehabt. Der Landesvorstand NPD Sachsen-Anhalt zitierte Meurer im August 1999 sinngemäß wie folgt: "Mein Aufnahmeantrag in die NPD wurde damals aus Satzungsgründen abgelehnt und weil ich weiter Politik machen wollte, gründete ich die Vereinigte Rechte." Und versuchte zu sammeln. Einem Interessenten erläuterte er im Forum des „Nationalen Infotelefon“ (NIT): „Es ist ein steiniger Weg und man ist auch Anfeindungen aus dem eigenen Lager ausgesetzt. Wir sind aber voll frohen Mutes und Idealismus. Ich habe immer erklärt, daß mir letztendlich egal ist wie die Partei heißt. Meine Partei ist und bleibt Deutschland. (...) Daß ich persönlich keine leeren Worte von mir gebe, davon zeugt die Tatsache ,daß ich bereits in der DDR von der STASI inhaftiert und auch nachweislich laut HHG § 10 bis zu meinem Freikauf 10 Monate als politischer Häftling inhaftiert war. Und die Gefängnisse in der Ex-DDR waren keine Naherholungsheime wie die der jetzigen Bundesrepublik. Hinzu kommt daß ich auch keine Lehrtätigkeit mehr ausüben darf." Skeptiker kanzelte er ab: „Sehr geehrter Herr von Seekt, mir Gründerwahn zu unterstellen ist ja nun wirklich der Gipfel der Unverschämtheit. Es war der Wunsch vieler Unzufriedener, daß die VR gegründet wurde. Die VR ist am 11. Oktober 1997 in Herrieden nicht von mir allein gegründet worden, sondern ich war nur einer der Mitbegründer. U.a. waren bei der Gründung entscheidend dabei das Bundesvorstandsmitglied der DLVH, Dieter Balk, der Kreisrat K.P.Seifert (Deutschlandkoordinator der Franz-Schönhuber-Freundeskreise), Dr. Dreischer (für die REP 1992 in Landtag gewählt, dann aber Mandatsverzicht), Georg Paletta (IWG) und nicht zu vergessen damals auch Leo Thenn (ehem. Wahlkampfleiter der REP Baden-Württemberg). Zur damaligen Gründung sandte Franz Schönhuber eine Grußbotschaft. Mittlerweile sind einige bekannte Persönlichkeiten hinzugekommen wie die Landtagsabgeordneten Miksch und Montag, der Vorsitzende des Bündnis Rechts und auch Bundesvorstandsmitglied der DLVH, Dieter Kern sowie der Ex-Stadtrat

Peter K. Maaßen. Nur um einige zu nennen.“ Es handelte sich also – um es auf den Punkt zu bringen – um eine Sammlung gescheiterter Funktionäre.

Und wenn sie nicht sammelten, dann führten sie Bündnisgespräche. Und wenn sie keine Bündnisgespräche führten, dann fusionierten sie mit anderen Kleingruppen. Die Bedeutung der Vereinigten Rechten wuchs damit nicht. Auch die des nunmehrigen Bundesvorsitzenden Mario Meurer blieb sehr eingeschränkt. Eines allerdings hatte er erreicht: er war überall bekannt, er war immer bestens informiert, wenn es in einer anderen Gruppe Krach gab, wenn sich in anderen Parteien Unzufriedene sammelten, wenn andere zu Bündnisgesprächen einluden. Meurer sprach mit ihnen allen, Meurer kannte alle Details.

Die letzte bekannte Station der rechten Karriere war Meurers geplante Bürgermeisterkandidatur in Lauta (damals Kreis Kamenz) im Juni 2001. Der Wahlantritt scheiterte zwar, da die notwendigen Unterstützungsunterschriften nicht beigebracht werden konnte, aber zumindest hatte Meurers kurzes Gastspiel auch für ein Echo im Sächsischen Landtag gesorgt. Innenminister Klaus Hardrath (CDU) fand in der Plenarsitzung des Sächsischen Landtages am 26. Juni 1998 deutliche Worte zur Charakterisierung von Meurers Gruppe: „Dem Programm der genannten Partei lassen sich Hinweise auf nationalistische, völkisch-kollektivistische, fremdenfeindliche sowie Gedanken entnehmen, die gegen die Völkerverständigung gerichtet sind. Wegen der bislang eher geringen Anzahl von Aktivitäten der Partei im Freistaat Sachsen können Einzelbewertungen bisher nicht durchgeführt werden.“ Danach tauchte Mario Meurer, geboren am 23. März 1963 in Brandenburg an der Havel, in rechten Zusammenhängen nicht wieder auf. Eine weitere rechte Karriere schien durch Rückzug ins Private beendet zu sein.

Nur noch ein einziges mal tauchte ein Mario Meurer überregional auf. Er verfasste in der Mitgliederzeitschrift „Disput“ (Januar 2003) der PDS einen Beitrag über die Arbeitsbedingungen in der bayerischen Diaspora Aschaffenburg: „Ich bin im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes in die PDS Bayern eingetreten. Gründe meines Eintritts waren der kompromisslose Einsatz der PDS für soziale Gerechtigkeit und meine schon lange währende Suche nach einer Alternative zum vorherrschenden Gesellschaftssystem.“ Niemand brachte damals diesen Mario, der tapfer für die linke Sache kämpfte, mit dem anderen Mario, der die extreme Rechte zu sammeln versucht hatte, in Verbindung. Warum auch? Er hatte doch 2002 nach einer „schon lange währende(n) Suche nach einer Alternative zum vorherrschenden Gesellschaftssystem“ zu uns gefunden. Die Aussage klang eindeutig, konnte aber auch anders interpretiert werden. Schließlich suchte auch die extreme Rechte nach einer Alternative zum Gesellschaftssystem, allerdings nicht nach einer demokratischen. Ein Aussteiger? Wohl kaum. Aussteiger, die glaubhaft sein wollen, verheimlichen ihre Vergangenheit nicht, sondern legen sie offen, werden meistens besonders aktiv gegen die extreme Rechte, da sie die von dieser ausgehende Gefahr aus eigenem Erleben kennen.

„Politisch getötet wie in einem stalinistischen Schauprozess“ (MDR Radio Sachsen, 01.08.08)

Ab jetzt machte ein anderer Meurer von sich reden: Dr. phil. Maximilian Meurer. Sporadisch zunächst und in wechselnden Gruppierungen – allerdings diesmal linken – tauchte er auf. Mal unterschrieb er Aufrufe für das Sozialforum Arnsberg und war dessen Sprecher, dann bewarb er sich um Funktionärsposten in der DKP im Ruhrgebiet.

Mal schrieb er – zu dieser Zeit auch Chefredakteur des Leipziger DKP-Blattes „Lichtblick“ - über eine Vortragsveranstaltung von Egon Krenz in Leipzig für das DKP-Organ „Unsere Zeit“, wobei er besonders lobte, dass alle linken Organisationen – einschließlich der Interessenvertretungen der bewaffneten Organe der ehemaligen DDR – vertreten gewesen seien, dann wieder stellte er – noch 2006 – einen Aufnahmeantrag in die KPD. Schließlich schien er in der Leipziger WASG sesshaft geworden zu sein. Mit der Mehrheit seiner Organisation vollzog er die Fusion mit der PDS zur LINKEN mit. Auch hier machte Meurer Karriere. Sprecher der Leipziger ASG, Mitglied des Landesrates der LINKEN.

Meurer engagierte sich, Meurer ging Konflikten nicht aus dem Weg. Bald war er fester Bestandteil einer innerparteilichen Gruppe, die mit der Politik des Stadtverbandes Leipzig unzufrieden war, die mehr Demokratie einforderte, die eine stärkere Rolle der Partei in Bezug auf die Stadtratsfraktion wollte, die eine stärkere Betonung von außerparlamentarischen Massenaktionen anstrebte. Und so ging alles seinen Gang. Der Krach war vorprogrammiert.

So fühlten sich denn auch viele bestätigt, als es tatsächlich zum großen Knall kam. Stadtverbandsvorsitzender Volker Külow – das wussten alle – stand hinter einer Presseerklärung, für die Sören Pellmann verantwortlich zeichnete. Darin wurde Meurer, um es kurz zusammenzufassen, beschuldigt, Spitzel des Verfassungsschutzes zu sein. Beweise für die Behauptungen: Mangelware. Trotzdem behauptete der Stadtverband der LINKEN, der „Verfassungsschutz“ beobachte die Partei nicht nur, „sondern war augenscheinlich insbesondere im Parteineubildungsprozess bestrebt, DIE LINKE mit V-Leuten zu infiltrieren“ (PM v. 24.07.2008). Ein heftiger Vorwurf. Doch eine Kleine Anfrage des Landtagsabgeordneten Dietmar Pellmann, ob Meurer für das Sächsische Landesamt für Verfassungsschutz gearbeitet habe, führte zu einer klaren Verneinung durch Innenminister Buttolo. Etwas kleinlaut räumte der Vorstand fehlende Beweise für die Vorwürfe sowie die Möglichkeit ein, dass es sich bei Meurer schlicht um einen „pathologischen Aufschneider“ handele.

Viele fassten das als klaren Persilschein auf. Der ehemalige Stasi-IM Volker Külow, so meinten sie und mit ihnen etliche Medien, sei in seine alten Verhaltensweisen der Denunziation zurückgefallen. Er wisse schließlich nur zu genau, dass ein Beschuldigter den Vorwurf, Spitzel des Verfassungsschutzes zu sein, gar nicht entkräften könne. Hier sei es nur darum gegangen, unbequeme innerparteiliche Kritiker mundtot zu machen und mit Maximilian Meurer eine ganze Strömung innerhalb des Stadtverbandes Leipzig zu diskreditieren. Die Auseinandersetzungen nahmen an Schärfe zu. Eine öffentliche Entschuldigung und Rehabilitation sei das Mindeste, meinten Külows Gegner, denn immerhin sei hier ein ehemaliges Stasi-Opfer erneut Opfer von Stasi-Methoden geworden. Der antistalinistische Grundkonsens der LINKEN verbiete ein solches Verhalten.

Wenige Tage später, am 28. Juli, erfolgte allerdings keine Entschuldigung durch den Stadtverband oder Volker Külow persönlich, sondern diese legte – in der Form von Fragen – bei den Vorwürfen nach: Ob es zutrefte, dass er in Leipzig nicht unter seinem richtigen Namen bekannt sei? Ob es stimme, dass er seinen Dokortitel unberechtigt führe? Und nicht zuletzt: Entspräche es der Wahrheit, dass er früher in Organisationen der extremen Rechten tätig gewesen sei und dies in der damaligen PDS mit seiner „Anbindung“ an den Verfassungsschutz erklärt habe? Fragen über Fragen, aber keine Antworten. Stattdessen am 3. September der Parteiaustritt. Auch dieser natürlich nicht

als Beweis in die eine oder die andere Richtung tauglich, denn wenn Meurer zu Unrecht beschuldigt worden war, dann war dieser Schritt mehr als nachvollziehbar.

Der Tonfall des Schreibens ist bitter und anklagend, der Brief insgesamt – da die Beweise noch immer fehlen – für viele glaubhaft: „Volker Külow hat mit der Hatz und dem politisch und auch damit verbundenen ökonomischen Folgen gegen mich da weitergemacht, wo er 1989 in der damaligen DDR aufgehört hat. Und der LV hat passiv Gewehr bei Fuss gestanden und ich werde weiter diffamiert und großspurig von Külow verhöhnt. Für mich war dies ein anschauliches Lehrbeispiel, was der Bevölkerung in Zukunft drohen kann, wenn diese Linke jemals wieder in Deutschland politische Macht in die Hände bekommt. Dies haben meine Familie und ich zur Genüge zweimal, einmal durch die STASI 1988 und vor kurzem durch Külow und seine stalinistischen Vasallen erleben müssen. Als ich damals von der WASG kam, glaubte ich an eine ehrliche soziale linke Alternative, ich wurde leider enttäuscht und eines besseren belehrt. Ich war nie ein Antikommunist und immer ein aufrichtiger Demokrat, der trotz seiner Erfahrungen immer für einen fairen Umgang mit STASI-Tätern und -Opfern plädiert hat, aber meine Familie und ich glauben und vertrauen euch nicht mehr, nie mehr wieder.“

Ab diesem Zeitpunkt avanciert Maximilian Meurer zu einem Kronzeugen gegen die LINKE. In einem Schreiben an die Vizepräsidentin des Bundestages, Petra Pau, merkt er an: „Allein in Sachsen sind mit MdL Volker Külow und auch MdL Klaus Bartl prominente ehemalige IMs der Staatssicherheit tätig. Letzterer hat in Sachsen in der sogenannten V-Mann Affäre einen ehemaligen politischen Häftling diffamiert und wissentlich falsch in den Medien als Agenten hingestellt und auch öffentlich hingerichtet.“ Und fährt im gleichen Opferduktus fort: „Sieht so glaubwürdiges Aufarbeiten der Vergangenheit aus? Wie stehen sie zum Umgang mit ehemaligen IMs? Warum hat sich die Partei bis heute nicht bei dem Opfer entschuldigt bzw. es rehabilitiert? Warum schweigt Ihre Partei zu den Vorgängen?“ Petra Pau sah in ihrer Antwort einen Konflikt, der „zuweilen sehr unappetitliche Züge trägt“, und erklärte, sie könne und wolle sich an diesen Auseinandersetzungen nicht beteiligen. Auch der sächsische Landesvorstand der LINKEN sah keinen Anlass, die Affäre auf seinen Tisch zu ziehen.

Meurer war aus der Partei ausgetreten. Ebenso handelten einige Kritiker des Stadtvorstandes Leipzig, vornehmlich aus der ehemaligen WASG. Ende der Affäre? Keineswegs. Nunmehr mischte sich Meurer im hessischen Landtagswahlkampf ein. Aus einem Aktivisten der LINKEN war jemand geworden, der eindringlich vor dieser Partei warnte. „Als ehemaliger politischer Häftling und engagierter Mitstreiter ist es mir unmöglich gemacht worden, mich weiterhin in dieser Partei zu engagieren, in der innerparteiliche Demokratie und Grundsätze so mit Füßen getreten werden“, schrieb er in einem Papier der angeblichen Wählerinitiative „Wir lassen und nicht LINKEN“ in Hessen. In ihrem Aufruf zur Landtagswahl unter dem Motto „Für Arbeitsplätze statt Wirtschaftshetze in Hessen“ hieß es beispielsweise: „Wir wollen, dass nach dem 18. Januar nicht erneut alles von einer Partei abhängt, deren DDR-Vorgänger bereits eine komplette Volkswirtschaft in den Ruin gesteuert hat!“ Unterzeichnet war das Papier auch von „Meurer, Maximilian; Journalist, ehem. Mitglied der Partei "Die LINKE" (u.a. Landessprecher)“.

Der zwischenzeitlich benutzte Dokortitel ist wieder verschwunden. Die Hochstapelei ist es nicht. „Landessprecher“ soll offenbar suggerieren, dass er dies für DIE LINKE gewesen sei.

Damit könnte die unglaubliche Geschichte beendet sein. Sie ist es aber nicht. Die Beweise, die immer Sommer vergangenen Jahres noch fehlten, liegen inzwischen vor. Meurer hat sie tatsächlich selbst geliefert, wenn auch eher unfreiwillig. Zwar sind die entsprechenden Internetseiten, die seine vielfältigen Aktivitäten in der extremen Rechten belegen, größtenteils nicht mehr abrufbar, doch die Identität zwischen „Dr. Maximilian“ und Mario Meurer lässt sich inzwischen zweifelsfrei nachweisen. Der Vergleich der Fotos aus der Neonazi-Zeit und aktuellen Bildern deutet auf eine Übereinstimmung. Das Geburtsdatum, das er bei seinen Kandidaturen für rechte Organisationen angegeben hatte, stimmt mit dem auf seinem Aufnahmeantrag für die Partei überein. Und auch die von ihm selbst öffentlich dargestellten Teile seiner DDR-Biografie sind deckungsgleich. Der Schluss ist eindeutig.

Damit ist eine der Fragen beantwortet, die der Leipziger Stadtvorstand der LINKEN Meurer gestellt hatte. Bleibt die Frage nach den Aktivitäten für den Inlandsgeheimdienst. Zu seiner Zeit in Arnshausen hatte er selbst von einer „Anbindung“ gesprochen. Es liegt in der Natur der Sache, dass eine solche Tätigkeit nur dann nachweisen könnte, wenn man ihn – quasi in flagranti – bei einem Treffen mit seinem V-Mann-Führer beobachtet und dies dokumentiert hätte. Es bleibt also ein großes Fragezeichen.

Und es bleibt die Antwort des sächsischen Innenministers Buttolo, der verneint hatte, dass Meurer für das Landesamt für Verfassungsschutz gearbeitet habe. Eine eindeutige Antwort, an der nicht zu rütteln ist. Ein Persilschein ist dies trotzdem nicht. Buttolo sagt nur, für wen Meurer nicht gearbeitet hat. Es bleibt die Möglichkeit, dass Meurer für das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg tätig war. In diesem Bundesland spielte sich schließlich der größte Teil seiner Aktivitäten für die extreme Rechte ab. Es besteht aber auch die Möglichkeit, dass es sich beim Auftraggeber um das Bundesamt für Verfassungsschutz handelte. Seine Bündnisbemühungen erstreckten sich immerhin auf das gesamte Bundesgebiet.

Die Erfahrung mit Geheimdiensten besagt, dass für sie bestimmte Personen in bestimmten Positionen als IM besonders attraktiv sind. Dies gilt für Schatzmeister der unterschiedlichen Ebenen, da diese die Mitgliederdaten und –entwicklung sowie den finanziellen Zustand der entsprechenden Partei(gliederung) kennen und als Vorstandsmitglieder in die Entscheidungsprozesse einbezogen sind. Und dies gilt besonders für jene Funktionäre, deren Hauptaufgabe die Bündnisarbeit ist, denn auf diese Weise werden Kenntnisse über Kommunikations- und Interaktionsstrukturen der beobachteten Szene insgesamt erlangt. Diese Methode bietet sich gerade bei Kleingruppen an, da der personelle Aufwand zur jeweils gesonderten Beobachtung unverhältnismäßig groß wäre. Halten wir an dieser Stelle einfach fest, dass Mario Meurer innerhalb der extremen Rechten über Jahre schwerpunktmäßig in der Bündnisarbeit aktiv war.

Natürlich bleibt noch immer Aufklärungsbedarf, bestehen weiterhin offene Fragen. Es bleibt die Frage, warum die dubiosen Umstände in der Biografie Meurers erst jetzt aufgefallen sind. Es bleibt die Frage, warum jene in linken Zusammenhängen, die längere Zeit mit Meurer zusammengearbeitet haben, nie gemerkt haben, dass es Widersprüche in der Biografie gibt, dass die Argumentation in sich nicht stimmig ist. Dies gilt besonders für seine Mitstreiter in der früheren WASG. Natürlich sollte man Menschen nicht von vornherein mit Misstrauen begegnen. Aber wurde nach dem Auftauchen der Verdachtsmomente wirklich geprüft? Oder wurde eher die Möglichkeit erkannt, innerparteiliche Rechnungen zu begleichen? Es bleiben Fragen. Fragen, die nicht rhetorisch gemeint sind. Und es bleibt ein sehr unangenehmer Beigeschmack. Um

es in einem Dialektik aus Meurers zeitweiliger baden-württembergischer Heimat auszudrücken: „A Gschmäcke hat's scho!“